

AMNESTY INTERNATIONAL . Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



19. Juni 2023

OFFENER BRIEF AN DIE STAATSOBERHÄUPTER DER AMERIKANISCHEN STAATEN ANLÄSSLICH DER DREIUNDFÜNFZIGSTEN ORDENTLICHEN TAGUNG DER GENERALVERSAMMLUNG DER OAS (OAS)

AI-Index: AMR 01/6809/2023

Original: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr01/6809/2023/en/>

Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) hat anlässlich der 53. ordentlichen Tagung der Generalversammlung der OAS zu einer Diskussion über die Notwendigkeit aufgerufen, die Kultur der demokratischen Verantwortung und die Förderung, den Schutz und die Gleichberechtigung der Menschenrechte auf dem amerikanischen Kontinent zu stärken.

Amnesty International erkennt die Bedeutung multilateraler Foren als entscheidende Räume für Diskussionen und für die umfassende Lösung der wichtigsten Menschenrechtsfragen in der Welt an. Die Organisation begrüßt daher die Aufnahme einer Tagesordnung in diese Generalversammlung, die einer Debatte über den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in der Region Amerika Priorität einräumt. Wie jedes Jahr fordert Amnesty International die OAS und ihr Generalsekretariat auf, ihre Bemühungen darauf zu konzentrieren, dass die Menschenrechte die vom höchsten multilateralen Forum des Kontinents entwickelte öffentliche Politik bestimmen. Die Organisation stellt im Folgenden einige ihrer wichtigsten Menschenrechtsanliegen vor, die dringender Aufmerksamkeit bedürfen, und fordert das Forum auf, der Suche nach dauerhaften Lösungen auf regionaler Ebene Priorität einzuräumen.

1. Übermäßiger Einsatz von Gewalt im Rahmen von Protesten

In mehreren Ländern der Region sind Tausende von Menschen auf die Straße gegangen und haben von ihrem Recht auf friedlichen Protest Gebrauch gemacht, um von ihren Staaten Rechenschaft und den Schutz ihrer Rechte zu fordern. In vielen Fällen hat der Staat jedoch repressiv reagiert und versucht, legitime Forderungen zum Schweigen zu bringen. So ist die übermäßige und unnötige Anwendung von Gewalt zu einem Mittel geworden, um die Protestierenden zu bestrafen. In **Peru** beispielsweise haben die Sicherheitskräfte unrechtmäßig tödliche Gewalt angewendet und weniger tödliche Waffen wahllos eingesetzt. Hierbei gingen sie rassistisch und willkürlich gegen die indigene Bevölkerung und die Bauern vor, um die Demonstrationen zu unterdrücken, die im Dezember letzten Jahres im Zusammenhang mit der politischen Krise begannen; dabei wurden bereits 49 Menschen getötet und Hunderte verletzt.

AMNESTY
INTERNATIONAL



In **Kolumbien**, wo die meisten Menschenrechtsverletzungen, die von Sicherheitskräften im Zusammenhang mit den Protesten des Nationalstreiks 2021 begangen wurden, ungesühnt bleiben, werden nach wie vor Fälle von übermäßiger Gewaltanwendung durch die Polizei dokumentiert. Im Jahr 2022 wurde ein indigener Anführer während einer Umweltdemonstration erschossen, und bei einer anderen Demonstration in der Hauptstadt Bogotá erlitt ein Mann eine Augenverletzung, nachdem er von einem Projektil getroffen worden war; in beiden Fällen wurde berichtet, dass die Schüsse von staatlichen Beamten abgegeben wurden.

Die oben genannten Situationen sind nur ein Beispiel dafür, wie in vielen Ländern des Kontinents die Behörden weiterhin das Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, persönliche Freiheit und ein faires Verfahren für Menschen, die ihre Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik zum Ausdruck bringen, verletzen.

Amnesty International fordert die Staaten in Nord-, Mittel- und Südamerika auf, dafür zu sorgen, dass die Menschen ihr Recht auf friedliche Proteste wahrnehmen können und dass die von den Sicherheitskräften bei der Überwachung von Demonstrationen eingesetzte Gewalt auf das wirklich Notwendige beschränkt, legitim und streng verhältnismäßig ist. Die Organisation fordert die Staaten außerdem auf, Wege zu finden, um mit ihren Bürgern in einen Dialog zu treten, damit deren legitime Forderungen berücksichtigt werden können.

2. Willkürliche Verhaftungen, rechtswidrige Tötungen sowie Folter und andere Misshandlungen

Willkürliche Inhaftierungen sind in **Kolumbien, Kuba, Ecuador, El Salvador, Nicaragua, Mexiko und Venezuela** weiterhin weit verbreitet. In **Kuba**, wo Menschen aus politischen Gründen oder wegen der Inanspruchnahme ihrer Menschenrechte inhaftiert werden, hat Amnesty International José Daniel Ferrer García, Maykel "Osorbo" Castillo und Luis Manuel Otero Alcántara als Gefangene aus Gewissensgründen bezeichnet, als beispielhafte Fälle, die jedoch nur einen kleinen Teil der Gesamtzahl der Menschen darstellen, die diese Bezeichnung verdienen. Nach Angaben kubanischer Menschenrechtsorganisationen wurden seit den historischen Protesten im Juli 2021 im ganzen Land 1.812 Menschen willkürlich inhaftiert, 768 befinden sich weiterhin im Gefängnis und viele weitere befinden sich in willkürlich geführten und unbegründeten Gerichtsverfahren. Das neue Strafgesetzbuch, das am 1. Dezember letzten Jahres in Kraft getreten ist, zielt darauf ab, die unangemessenen Einschränkungen der Meinungsfreiheit und des Rechts auf friedliche Versammlung zu konsolidieren.

In **Nicaragua** gibt es laut dem Bericht der Menschenrechtsexpertengruppe der Vereinten Nationen für Nicaragua vom April 2023 hinreichende Gründe für die Annahme, dass die nicaraguanischen Behörden Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, darunter Tötungen, Masseninhaftierungen, Folter, sexuelle Gewalt, Deportation und politisch motivierte Verfolgung. Diese Feststellungen stehen im Einklang mit den Berichten anderer Organisationen, einschließlich der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (IACHR) und ihrer Interdisziplinären Gruppe unabhängiger Experten (GIEI) sowie des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Menschenrechte.

Trotz der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, Lösungen für die Situation in Nicaragua zu finden, verweigert sich das Land weiterhin der internationalen Kontrolle. Ein Beweis dafür ist, dass dies die letzte Generalversammlung sein wird, an der Nicaragua teilnimmt, da der [nicaraguanische Staat im November 2019 die Charta der OAS kündigte](#).

In **El Salvador** ist seit der Verhängung des Ausnahmezustands (régimen de excepción), im Zuge dessen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen wurden, mehr als ein Jahr vergangen. Im April 2023 hatte die Regierung die Inhaftierung von [68.200](#) Personen registriert, womit sich die Zahl der Gefangenen im Land auf mehr als 100.000 erhöhte. Seit Beginn des Ausnahmezustands hat Amnesty International zahlreiche Berichte über schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen erhalten,



darunter die willkürliche Inhaftierung Hunderter Minderjähriger, Fälle von Folter und anderen Misshandlungen sowie der Tod von mindestens 132 Personen in staatlichem Gewahrsam; Menschen, die zum Zeitpunkt ihres Todes nicht wegen eines Verbrechens verurteilt worden waren. Bis heute sind weder unparteiische, zügige Ermittlungen zu den Umständen der Todesfälle in Haft eingeleitet worden, noch wurden die mutmaßlichen Täter ermittelt. In vielen Fällen wurden die Familien von den Behörden nicht einmal richtig über die Todesfälle informiert; die einzigen Informationen, die sie erhielten, stammten von Krankenhäusern oder Bestattungsunternehmen.

In **Venezuela** werden nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen weiterhin zwischen 240 und 310 Personen aus politischen Gründen willkürlich inhaftiert. Zwischen Januar und September 2022 sollen die Sicherheitskräfte 488 außergerichtliche Hinrichtungen durchgeführt haben. Unter den Verhafteten befinden sich auch Menschenrechtsverteidiger, wie der politische Gefangene Javier Tarazona, Leiter der Organisation Fundarede. In den Berichten der [UN-Erkundungsmission zu Venezuela](#) wurden die Verantwortung der venezolanischen Behörden und Justizorgane für mögliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie das Fehlen unabhängiger, unparteiischer und gründlicher Untersuchungen von Menschenrechtsverletzungen im Land untersucht. Darüber hinaus hat die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs eine Untersuchung von mutmaßlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Venezuela eingeleitet, die erste ihrer Art in der Region.

Unrechtmäßige Tötungen durch Sicherheitskräfte sind in der Region weit verbreitet und betreffen häufig Menschen, die in einkommensschwachen, von Rassismus geprägten Vierteln leben, unter anderem in **Argentinien, Brasilien, Kolumbien, den USA, Mexiko, der Dominikanischen Republik und Venezuela**. Im Jahr 2022 wurden in **Ecuador** insgesamt 146 inhaftierte Personen im Zusammenhang mit der Krise des Gefängnisystems getötet, während in **Brasilien** Hunderte von Menschen, insbesondere junge Schwarze, bei Polizeieinsätzen ums Leben kamen.

Die Behörden in den Staaten Nord- und Südamerikas müssen gegen die Straflosigkeit vorgehen, indem sie unverzüglich unabhängige, unparteiische und wirksame Ermittlungen nach internationalem Recht zu allen Verbrechen und anderen Menschenrechtsverletzungen durchführen, einschließlich der gesamten Befehlskette und möglicher rassistischer Motive, um Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung für die Opfer und Überlebenden zu gewährleisten. Die Organisation fordert die Staaten in Nord-, Mittel- und Südamerika außerdem dringend auf, das Strafsystem nicht für willkürliche, politisch motivierte Inhaftierungen zu nutzen und Personen, die sich in einer solchen Situation befinden, unverzüglich und bedingungslos freizulassen.

3. Die Mobilität der Menschen und der Bedarf an internationalem Schutz

Die Menschenrechts- und humanitären Krisen auf dem Kontinent haben zu einem Anstieg der Zahl derer geführt, die ihr Land auf der Suche nach Schutz verlassen. Im März 2023 schätzte die Inter-Agency Coordination Platform for Refugees and Migrants from Venezuela, dass 7,23 Millionen Venezolaner das Land verlassen hatten, von denen 84 % in 17 Ländern Lateinamerikas und der Karibik Schutz suchten. Im Jahr 2022 stieg die Zahl der Menschen, die [Haiti](#) und [Kuba](#) verließen, zusätzlich zu dem stetigen Strom von Menschen, die aus zentralamerikanischen Ländern fliehen. Die restriktive Migrations- und Asylpolitik sowie die wiederholte Militarisierung der Grenzen haben auf dem gesamten Kontinent zu einer Menschenrechts- und humanitären Krise geführt, in der schutzbedürftige Menschen in hohem Maße Gewalt, Diskriminierung, Rassismus und anderen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind.

Die Einwanderungspolitik der **USA** ebenso wie andere Menschenrechtsverletzungen haben Menschen, die internationalen Schutzes bedürfen, in lebensbedrohliche Situationen gebracht. Der Zugang zum Recht auf Asyl wird dadurch fast unmöglich gemacht und die Menschen werden gezwungen, gefährlichere



Fluchtrouten zu suchen, die sie noch angreifbarer machen. Obwohl Titel 42 am 11. Mai dieses Jahres außer Kraft getreten ist, schränken die neuen Einwanderungsmaßnahmen den Zugang zum Asylrecht an der Grenze zwischen den USA und Mexiko weiterhin drastisch ein. [Amnesty International stellt mit Besorgnis fest](#), dass die obligatorische Nutzung der Mobiltelefonanwendung CBP One die einzige Möglichkeit ist, einen Termin in den USA zu vereinbaren, um internationalen Schutz zu beantragen; dies schränkt die Möglichkeiten der Asylsuchenden erheblich ein und stellt ein großes Hindernis für Menschen dar, die keinen Zugang zu mobilen Geräten oder zum Internet haben oder die aus anderen Gründen die Anwendung nicht nutzen können. Unter keinen Umständen sollte die Anwendung die einzige Möglichkeit sein, in den USA Asyl zu beantragen. Darüber hinaus gab es zahlreiche Fälle, in denen die Anwendung nicht ordnungsgemäß funktionierte, so dass die Asylbewerber gezwungen waren, in Mexiko in der Nähe der Grenze längere Zeit an Orten zu warten, wo sie der Gefahr schwerer Gewalttaten ausgesetzt waren und wo die Mindestvoraussetzungen für eine Bewohnbarkeit nicht gegeben waren. CBP One gibt auch Anlass zu ernststen Bedenken hinsichtlich Privatsphäre, Diskriminierung und Überwachung. Amnesty International ist besorgt darüber, dass Gesichtserkennungs- und GPS-Technologien zusammen mit Cloud-Speichern eingesetzt werden, um Daten über Asylbewerber zu sammeln, und dass insbesondere die Gesichtserkennungstechnologie in einer undifferenzierten und diskriminierenden Weise eingesetzt wird.

All dies kommt zu früheren [Untersuchungen](#) von Amnesty International hinzu, die insbesondere eine rassistisch motivierte Diskriminierung durch die USA bei der Behandlung schwarzer Haitianer feststellten, die Zuflucht suchten und unter Bedingungen aus den USA ausgewiesen wurden, die der Folter gleichkommen können.

Inzwischen hat **Mexiko** der Nationalgarde Befugnisse in Migrationsangelegenheiten erteilt und die Grenzen militarisiert. Darüber hinaus wurden Migranten systematisch inhaftiert. Ein Beweis dafür war der Brand in der Estancia Provisional in Ciudad Juárez in den frühen Morgenstunden des 28. März dieses Jahres, bei dem mindestens 40 Migranten starben. Unter den Toten und Verletzten waren 28 Guatemalteken, 13 Honduraner, 12 Venezolaner, 12 Salvadorianer, ein Ecuadorianer und ein Kolumbianer. Allein im Jahr 2022 hielten die mexikanischen Einwanderungsbehörden mindestens 318.660 Personen in Einwanderungszentren fest und wiesen mehr als 106.000 Personen, darunter auch Kinder und Jugendliche, aus. Diese Inhaftierungen verstoßen gegen die Standards der Ausnahmeregelung, der Verhältnismäßigkeit, der Notwendigkeit und der Angemessenheit der Inhaftierung und werden unter Bedingungen durchgeführt, die nicht den höchsten Standards für menschenwürdige Haftbedingungen entsprechen, einschließlich des Verbots der Überbelegung und der Bereitstellung von ausreichend Wasser und Nahrung.

Im Süden des Kontinents erging es den Asylbewerbern nicht besser. So haben die in [Chile und Peru](#) ergriffenen Maßnahmen eine humanitäre Krise an der Grenze zwischen den beiden Ländern ausgelöst, wo schätzungsweise rund 300 Menschen, zumeist Venezolaner, aber auch Haitianer und andere Nationalitäten, gestrandet sind. In **Chile** hat das Militär mit dem Erlass zum Schutz der Grenzgebiete Nr. 1 vom Februar dieses Jahres die Befugnis erhalten, Ausweispapiere zu kontrollieren, Personen zu registrieren und festzunehmen sowie in Zusammenarbeit mit der Polizei die Ein- und Ausreise von Ausländern zu überwachen und die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts von Ausländern im Lande zu kontrollieren. Diese Maßnahmen, die für einen Zeitraum von 90 Tagen in bestimmten Grenzgebieten im Norden Chiles in Kraft sind, sollen "zur Kontrolle der Einwanderung und zur Aufdeckung von Straftaten, kleineren Vergehen und Ordnungswidrigkeiten beitragen". In **Peru** wurde im April 2023 der Ausnahmezustand ausgerufen, der die Transit- und Versammlungsfreiheit sowie die persönliche Sicherheit für 60 Tage in bestimmten Bezirken der sieben Grenzdepartements [Amazonas, Cajamarca, Loreto, Madre de Dios, Piura, Tacna und Tumbes](#) einschränkt. Darüber hinaus ist die Nationale Polizei befugt, mit Unterstützung der Streitkräfte die innere öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten.



Amnesty International erinnert die Staaten des amerikanischen Kontinents daran, dass sie verpflichtet sind, dafür zu sorgen, dass Menschen, die internationalen Schutzes bedürfen, Zugang zu ihrem Hoheitsgebiet und zu den Verfahren zur Anerkennung des Flüchtlingsstatus erhalten und dass sie nicht an der Grenze zurückgewiesen werden, was einen Verstoß gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung darstellt. Ebenso fordert die Organisation die amerikanischen Staaten auf, illegale Abschiebungen unverzüglich einzustellen, Flüchtlinge und Migranten nicht zu inhaftieren und ihre Versorgung und Rechte zu gewährleisten.

4. Militarisierung und öffentliche Sicherheit

Der Einsatz der Streitkräfte für Aufgaben der öffentlichen Sicherheit wurde nicht nur bei der Grenzkontrolle intensiviert, wie in den bereits erwähnten Fällen **Mexikos, Chiles und Perus**, sondern auch zunehmend in der Politik der öffentlichen Sicherheit, in vielen Fällen im Rahmen von Versuchen, die Politik der Militarisierung auszuweiten, was zu Menschenrechtsverletzungen führt, während die Staaten es weiterhin versäumen, die eigentlichen Ursachen krimineller Gewalt zu bekämpfen. So haben beispielsweise **Ecuador und Mexiko** legislative, gerichtliche und/oder administrative Entscheidungen getroffen, um die Rolle der Streitkräfte bei der Wahrnehmung öffentlicher Sicherheitsaufgaben auszuweiten.

Mexiko hat auch die Beteiligung der Streitkräfte bei Aufgaben der öffentlichen Sicherheit durch verschiedene Maßnahmen verstärkt, wie z. B. durch die Verfassungsänderung von 2019, mit der die Nationalgarde geschaffen wurde, die de facto ein militärisches Sicherheitsorgan ist. Obwohl die Verfassungsänderung den Einsatz der Streitkräfte für Aufgaben der öffentlichen Sicherheit nur in außerordentlicher, geregelter, überwachter, untergeordneter und ergänzender Weise zuließ, erlaubte ein Abkommen des Präsidenten aus dem Jahr 2020, das anschließend bis 2028 verlängert und vom Obersten Gerichtshof (SCJN) bestätigt wurde, die Beteiligung der Streitkräfte an Aufgaben der öffentlichen Sicherheit bis 2024. Darüber hinaus genehmigte der Kongress im September 2022 die Übertragung der administrativen und operativen Kontrolle über die Nationalgarde auf das Verteidigungsministerium (SEDENA); dies wurde kürzlich vom Obersten Gerichtshof für ungültig erklärt.

Im Jahr 2022 übernahm die Nationalgarde 227 Einsatzbereiche, die normalerweise in die Zuständigkeit ziviler Stellen fielen und von denen 148 nicht mit der öffentlichen Sicherheit zusammenhängen, wie z. B. der Bau von Flughäfen und Autobahnen, die Verwaltung von COVID-19-Impfungen und die Einwanderungskontrolle.

Die Militarisierung des Landes war verbunden mit jahrzehntelangen schweren Menschenrechtsverletzungen. Bis Ende 2022 stieg die Zahl der Vermissten auf über 109.000, was nach wie vor kaum strafrechtlich verfolgt wird. Nach Angaben der Nationalen Fahndungskommission wurden nur 36 Verurteilungen für das Verbrechen des Verschwindenlassens ausgesprochen. Im Jahr 2022 veröffentlichte der Ausschuss der Vereinten Nationen für das Verschwindenlassen von Personen einen Bericht, in dem die forensische Krise des Landes aufgezeigt wurde; die Behörden halten weiterhin mehr als 52 000 Leichen zurück, die noch nicht identifiziert wurden.

Amnesty International fordert die Staaten des amerikanischen Kontinents auf, dafür zu sorgen, dass die Beteiligung der Streitkräfte an Aufgaben der öffentlichen Sicherheit wirklich nur ausnahmsweise und zeitlich begrenzt erfolgt und auf das in bestimmten Situationen unbedingt erforderliche Maß beschränkt ist und dass sie den zivilen Kräften untergeordnet ist und diese ergänzt, wie es der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte festgelegt hat. Sie fordert außerdem eine schrittweise und geordnete Überprüfung ihrer Beteiligung unter zivilem Kommando sowie die Stärkung der Kapazitäten der Polizeikräfte.

5. Menschenrechtsverteidiger

Der amerikanische Kontinent ist nach wie vor der gefährlichste der Welt für die Verteidigung der Menschenrechte. Menschenrechts- und Umweltschützer



sind mit schwerer Gewalt konfrontiert, die von Morden bis hin zur Kriminalisierung und Verfolgung durch ihre eigenen Staaten reicht.

Alein im Jahr 2022 wurden in **Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Guatemala, Honduras, Mexiko, Peru und Venezuela** Menschenrechtsverteidiger wegen ihrer Arbeit umgebracht. Darüber hinaus wurden in Ländern wie **Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Kuba, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Paraguay, Peru und Venezuela** Fälle von Bedrohungen, Schikanen, willkürlichen Verhaftungen und unfairen Verfahren dokumentiert. Frontline Defenders stellte in seinem Bericht 2022 fest, dass in **Kolumbien** mindestens 186 führende Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger Opfer von Morden geworden sind, was das Land zum gefährlichsten Land für die Verteidigung der Menschenrechte und der Umwelt in der Welt macht. In demselben Bericht heißt es, dass in **Mexiko** 45 Menschenrechtsverteidiger ermordet wurden, während **Brasilien** im vergangenen Jahr 26 Opfer solcher Morde verzeichnete.

In **Venezuela** waren [im ersten Quartal 2023 mindestens 226 Menschenrechtsverteidiger](#) Einschüchterungen, Stigmatisierungen und Drohungen ausgesetzt. Darüber hinaus haben die Behörden in der venezolanischen Nationalversammlung Gesetzesvorschläge angekündigt, die darauf abzielen, die [Überwachung und Kontrolle zivilgesellschaftlicher Organisationen zu verstärken](#), wodurch diese einem hohen Risiko ausgesetzt wären, kriminalisiert und ihre Mitglieder sanktioniert zu werden.

In **Nicaragua** hatte die Regierung von Präsident Ortega im Dezember 2022 mindestens 3.144 Organisationen den rechtlichen Status entzogen, mindestens 12 Universitäten geschlossen, Journalisten inhaftiert und politische Aktivisten schikaniert. Im Februar 2023 verbannte die Regierung außerdem 222 willkürlich aus politischen Gründen inhaftierte Personen, darunter prominente Menschenrechtsverteidiger und Oppositionsführer, ins Exil und entzog ihnen und 94 weiteren Personen die Staatsangehörigkeit - eine neue Form der Repression.

In **Paraguay** wurden Aktivisten weiterhin unbegründet angeklagt, weil sie sich an Protesten gegen die öffentliche Gesundheitspolitik beteiligt hatten. In **Bolivien** wurden Menschenrechtsverteidiger wegen ihrer Kritik an der Regierung vor Gericht gestellt.

In mehreren Ländern der Region nutzten die Behörden auch zweideutige oder zu weit gefasste Gesetze, um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. In **El Salvador** wurde das Strafgesetzbuch dahingehend geändert, dass für Berichte über Banden, die "Angst" oder "Unruhe" verbreiten, Strafen zwischen 10 und 15 Jahren Gefängnis verhängt werden können. In **Nicaragua** wurde das Allgemeine Gesetz zur Regulierung und Kontrolle von gemeinnützigen Organisationen verabschiedet, das jüngste in einer Reihe von Gesetzen, die seit der Repression von 2018 verabschiedet wurden und die zivilgesellschaftlichen Organisationen untergraben. In **Kuba** ist im vergangenen Dezember ein neues Strafgesetzbuch in Kraft getreten, das die bereits üblichen Einschränkungen der Meinungsfreiheit und der friedlichen Versammlung noch verstärken könnte. In **Argentinien** hat die Provinzregierung von Jujuy einen Gesetzentwurf zur Reform der Provinzverfassung vorgelegt, der Proteste einschränken soll, indem er die Blockade von Straßen und die "Usurpation des öffentlichen Raums" verbietet. In **Guatemala** haben die Angriffe auf die Verantwortlichen der Justiz zugenommen, die mit bekannten Fällen von Korruption und Menschenrechtsverletzungen betraut sind. Ein Beweis dafür ist die unbegründete strafrechtliche Verfolgung der ehemaligen Staatsanwältin Virginia Laparra - nun eine politische Gefangene - im Rahmen des Missbrauchs des Strafrechtssystems zur Schikaniierung und Bestrafung von Richtern, Staatsanwälten, Menschenrechtsverteidigern und Journalisten, die sich in diesem Kampf engagiert haben.

Die Technologie wurde auch dazu missbraucht, Menschenrechtsaktivisten anzugreifen. Ein Beweis dafür ist die Überprüfung des Einsatzes der Spionagesoftware Pegasus zur unrechtmäßigen Überwachung von Aktivisten und Journalisten in **El Salvador, Mexiko und der Dominikanischen Republik**.



Amnesty International fordert die Staaten in Nord-, Mittel- und Südamerika auf, das Recht auf Verteidigung der Menschenrechte zu garantieren und sicherzustellen, dass Journalisten, Menschenrechtsverteidiger und politische Gegner ihrer Arbeit nachgehen und ihre Rechte in einem sicheren und förderlichen Umfeld ausüben können, ohne dass es zu Schikanen, Gewalt oder unrechtmäßiger Überwachung kommt.

6. Klimakrise

Überall auf dem Kontinent sind die Bemühungen der Staaten nach wie vor unzureichend, da die Abhängigkeit vom Hauptfaktor der Klimakrise, den fossilen Brennstoffen, die das Leben, wie wir es kennen, bedroht, nicht angegangen wird. Trotz ihrer Rhetorik zugunsten einer Reduzierung der globalen Emissionen haben viele Staaten ihren Worten keine Taten folgen lassen, und die wachsenden Auswirkungen des Klimawandels auf ländliche und seit jeher marginalisierte Gemeinschaften werden immer deutlicher.

Nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) ist Lateinamerika nach Afrika nach wie vor die Region der Welt mit dem höchsten Nettoverlust an Waldfläche. In [Brasilien](#) hat die Abholzungsrate im Amazonasbecken zwischen Januar und Oktober 2021 den höchsten Stand seit 2015 erreicht. In [Bolivien](#) wurden 2022 trotz der Verpflichtung der Behörden, den Waldbestand des Landes zu erhalten und die illegale Abholzung zu bekämpfen, mehr als eine Million Hektar Land verbrannt, hauptsächlich zur Ausweitung der landwirtschaftlichen Tätigkeit.

Obwohl mehrere Staaten in Nord- und Südamerika Verpflichtungen eingegangen sind und Gesetze zum Klimawandel verabschiedet haben, ist Amnesty International der Ansicht, dass dies dem Ausmaß der Krise immer noch nicht angemessen ist. Im Jahr 2022 haben nur sehr wenige Staaten in der Region neue auf nationaler Ebene festgelegte Beiträge (NDCs) zur Emissionsreduzierung vorgelegt, um der Aufforderung der 26. UN-Klimakonferenz (COP26) nachzukommen. Die **USA**, seit jeher einer der größten Emittenten von Treibhausgasen weltweit, und **Kanada**, eine der größten Emissionsnationen der Region, gehören zu den Ländern, die keine neuen Verpflichtungen vorgelegt haben. **Brasilien und Mexiko** legten dagegen unzureichende CDNs vor, was ihren Beitrag zum Klimawandel und das globale Ziel der Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf unter 1,5°C betrifft.

Darüber hinaus haben die meisten Staaten der Region die Verpflichtungen, die sie als Vertragsparteien des Pariser Abkommens bereits eingegangen sind, nicht erfüllt und unterstützen in einigen Fällen weiterhin aktiv Projekte zur Förderung fossiler Brennstoffe. Bis Mitte 2022 finanzierte **Kanadas** Exportförderungsagentur den Öl- und Gassektor im In- und Ausland mit 3.400 Mio. CAD (2.500 Mio. USD); gleichzeitig startete das Land jedoch einen Plan zur schrittweisen Einstellung der öffentlichen Finanzierung neuer fossiler Brennstoffprojekte.

Amnesty International fordert die Staaten des amerikanischen Kontinents dringend auf, Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Kohlenstoffemissionen zu verringern und die Finanzierung von Projekten für fossile Brennstoffe einzustellen, um einen gerechten und menschenrechtskonformen Übergang zu schaffen. Die ressourcenreichsten Staaten des Kontinents müssen diesen Übergang schnell vollziehen und dringend die Klimafinanzierung für einkommensschwache Länder erhöhen und sich verpflichten, spezifische zusätzliche Mittel für Verluste und Schäden bereitzustellen.

7. Indigene Völker

Im vergangenen Jahr hat Amnesty International Fälle von Tötungen indigener Führer in Ländern wie **Brasilien, Kolumbien, Ecuador und Mexiko** im Zusammenhang mit Landkonflikten dokumentiert. In **Kolumbien** wurden indigene Führer und Menschenrechtsverteidiger angegriffen und ermordet, und in Gebieten des Landes, in denen bewaffnete Gruppen immer noch operieren, sind indigene Völker und afro-kosmopolitische Gemeinschaften weiterhin mit Zwangsvertreibungen und in einigen Fällen mit humanitären Krisen konfrontiert.



In mehreren Ländern - wie **Argentinien, Brasilien, Kanada, Guatemala, Honduras, Mexiko, Paraguay, Peru und Venezuela** - haben Staaten nationale und multinationale Unternehmen mit der Durchführung von Bergbau-, Landwirtschafts- und Infrastrukturprojekten beauftragt oder ihnen Konzessionen dafür erteilt, ohne die betroffenen indigenen Völker im Vorfeld zu informieren und ihre freie Zustimmung einzuholen. Auch das Strafrecht wurde gegen indigene Völker missbraucht. In **Kanada** wurden die fünf [Wet'suwet'](#)-Clans, die sich gegen den Bau einer Pipeline auf ihrem angestammten Territorium gewehrt haben, durch Gerichtsbeschlüsse einer ständigen Überwachung und Kriminalisierung unterworfen und schikaniert, gewaltsam vertrieben und inhaftiert.

Amnesty International fordert die Behörden der Staaten in der Region auf, das Recht der indigenen Völker auf Selbstbestimmung zu respektieren und im Vorfeld ihre freie und informierte Zustimmung zu Projekten in ihren Gebieten einzuholen. Die Morde an indigenen Völkern sollten unverzüglich, unparteiisch und wirksam untersucht werden, und der Missbrauch des Strafrechts gegen sie sollte gestoppt und Wiedergutmachung gewährleistet werden.

8. Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen, Mädchen und LGBTI-Personen

Geschlechtsspezifische Gewalt ist nach wie vor eine der größten Herausforderungen für die Menschenrechte auf dem Kontinent. Die Staaten in der Region gehen nach wie vor nicht angemessen gegen das sehr hohe Maß an geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich Frauenmorde, vor. Die Rate der sexuellen Gewalt gegen Frauen und Mädchen steigt weiter an, wobei indigene Frauen in Ländern wie den **USA und Kanada** besonders stark betroffen sind. Darüber hinaus werden in Ländern wie **Argentinien, Honduras, Venezuela und Mexiko** weiterhin Hunderte von Femiziden registriert.

Auch in mehreren amerikanischen Staaten wurden Maßnahmen ergriffen, die die sexuellen und reproduktiven Rechte bedrohen. In den **USA** hat der Oberste Gerichtshof im vergangenen Jahr [die in der Verfassung verankerte Garantie des Zugangs zur Abtreibung](#) in der Rechtssache *Roe v. Wade* gekippt. In **El Salvador** gilt nach wie vor das totale Abtreibungsverbot, und mindestens zwei Frauen sind nach wie vor wegen geburtshilflicher Notfälle inhaftiert, wobei eine von ihnen eine 50-jährige Haftstrafe verbüßt. Auch in **Nicaragua, Haiti, Honduras und der Dominikanischen Republik** gilt ein totales Abtreibungsverbot, während in anderen Ländern gesetzliche Beschränkungen es für Frauen und Mädchen nahezu unmöglich machen, ihre sexuellen und reproduktiven Rechte auszuüben. Trotz dieser widrigen Umstände trugen in **Kolumbien** die Beharrlichkeit von Frauenrechtsaktivisten und eine ausgeklügelte Klage der Bewegung *Causa Justa* dazu bei, dass [das Verfassungsgericht die Abtreibung während der ersten 24 Wochen der Schwangerschaft entkriminalisierte](#). Dasselbe Gericht erkannte auch ein nicht-binäres Geschlecht auf nationalen Personalausweisen an und schuf damit einen rechtlichen Präzedenzfall für die Geschlechtervielfalt in dem Land.

Die LGBTI-Bevölkerung ist in mehreren Ländern nach wie vor Morden, Angriffen, Diskriminierungen und Drohungen ausgesetzt und hat enorme Schwierigkeiten, die rechtliche Anerkennung ihrer Identität zu erlangen. In **Paraguay** haben Transgender Menschen immer noch nicht das Recht, ihren Namen entsprechend ihrer Geschlechtsidentität zu ändern. In **Brasilien, Kolumbien, Guatemala, Honduras und Mexiko** ist die Gefahr für Transgender-Personen, Opfer von Morden zu werden, besonders groß. **Brasilien** ist nach wie vor das tödlichste Land der Welt für Transgender-Personen, obwohl im vergangenen Jahr zum ersten Mal in der Geschichte des Landes zwei Transgender-Frauen zu Bundesabgeordneten gewählt wurden.

Amnesty International fordert die Staaten in Nord-, Mittel- und Südamerika auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um gegen alle Formen geschlechtsspezifischer Gewalt vorzugehen und aussagekräftige, gründliche und unparteiische Untersuchungen von Tötungen von LGBTI-Personen und Frauenmorden durchzuführen, um die Verantwortlichen für diese Verbrechen vor Gericht zu stellen und sicherzustellen, dass Garantien für eine Nichtwiederholung geschaffen werden.



9. Wahl der Mitglieder der Interamerikanischen Menschenrechtskommission IACHR

In diesem Jahr wird die Generalversammlung der OAS vier Mitglieder der IACHR wählen. Für Amnesty International ist das Interamerikanische System zum Schutz der Menschenrechte, das die IACHR und den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte umfasst, ein Erbe, das es in Amerika zu bewahren gilt und das für viele Opfer oft die einzige Hoffnung auf Gerechtigkeit ist.

Damit die IACHR weiterhin ein wichtiger Bestandteil des interamerikanischen Systems und optimal für die Verwirklichung der Menschenrechte auf dem amerikanischen Kontinent sein kann, muss sie sich aus Personen zusammensetzen, die über die besten Voraussetzungen verfügen und den Grundsätzen der Eignung, Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und anerkannten Kompetenz im Bereich der Menschenrechte entsprechen.

In diesem Jahr wurden von den Staaten 10 Nominierungen für vier vakante Positionen in der IACHR eingereicht. Allerdings zogen die [USA, Brasilien, Honduras und Peru](#) die Kandidaturen ihrer Staatsangehörigen zurück. Im Falle von Brasilien, Honduras und Peru wurden diese Nominierungen nach dem 23. März zurückgezogen, dem Tag, an dem die Frist für die Nominierungen ablief. Amnesty International ist besonders besorgt darüber, dass die Staaten nicht erklärt haben, warum die Nominierungen zurückgezogen wurden, bzw. ob und wenn ja, inwiefern diese Personen nicht die Anforderungen an Eignung, Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und anerkannte Kompetenz auf dem Gebiet der Menschenrechte erfüllen, die für die Teilnahme an dieser Art von Mechanismus zum Schutz der Menschenrechte erforderlich sind.

Die Organisation möchte Sie auf die Aussage des [unabhängigen Gremiums](#) zur Beurteilung von Kandidaten für die politischen Organe des Interamerikanischen Systems hinweisen, dass eine "Verringerung der Zahl der Kandidaten die Möglichkeit verringert, ein offenes Verfahren zu erreichen, in dem die Eignung der Kandidaten diskutiert werden kann. Es wäre auf keinen Fall wünschenswert, dass die Zahl der vorgeschlagenen Kandidaten der Zahl der freien Stellen in den Organen des [Interamerikanischen Systems] entspricht. Dies könnte zu einer stark politisierten Wahl führen."¹ 1

Abschließend fordert Amnesty International die Staaten des amerikanischen Kontinents auf, dafür zu sorgen, dass die Ernennung und Abberufung von Kandidaten für das Interamerikanische System zuverlässig auf dem interamerikanischen Rechtsrahmen basiert, insbesondere auf den Bestimmungen der Resolution AG/RES 2991 (LII-O/22):

"Geschlechterparität und ausgewogene geografische und rechtssystematische Vertretung in der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte" hinsichtlich der Gewährleistung von Transparenz in den Prozessen und der "Aufrechterhaltung der Geschlechterparität bei gleichzeitiger Einhaltung der Anforderungen an Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, hohe moralische Autorität und anerkannte Kompetenz in Menschenrechtsfragen."

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original: **Americas: Open Letter to the Heads of State of American States on the Occasion of the 53rd Regular Session of the General Assembly of the OAS**, June 19, 2023, Index Number: AMR 01/6809/2023, <https://www.amnesty.org/en/documents/amr01/6809/2023/en/>

¹ Original, nur auf Spanisch: "reducción del número de candidaturas implica una menor posibilidad de lograr un proceso abierto, donde se pueda discutir la idoneidad de las y los aspirantes. No sería en ningún caso deseable que fueran propuestas el mismo número de candidaturas que vacantes a los órganos del [SIDH]. Esto daría margen a una elección altamente politizada

